



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

"Verbesserte Bildungschancen"

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

Sollte die Finanzierung durch das Land demnächst sichergestellt sein, könnte mit der Realisierung des Projekts Anfang 1985 gerechnet werden.

BMBW-Haushaltsplanentwurf 1985: "Verbesserte Bildungschancen"

Förderung des Hochschulbereichs, Studien- und Promotionsförderung, Förderung des Internationalen Austauschs - diese drei Schwerpunkte sollen, so sieht es der Haushaltsplanentwurf 1985 des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft (BMBW) vor, im nächsten Jahr besondere materielle Berücksichtigungen erfahren. Die gezielte Förderung soll, so das BMBW, die Qualität der Forschung und Lehre an den Hochschulen verbessern und den Leistungsgedanken stärken.

Der Entwurf des Einzelplans 31 des Haushaltsplanentwurfs 1985 hält u. a. fest, daß für die Hochschulbauförderung insgesamt 1,15 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt werden sollen. Laut Information aus dem BMBW ist damit die Finanzplanung der früheren Bundesregierung nach oben hin korrigiert worden, die lediglich 900 Millionen Mark vorgesehen hatte.

Die Zuschüsse für die Deutsche Forschungsgemeinschaft werden im Entwurf von 526,5 Millionen Mark (1984) auf 542,3 Millionen Mark aufgestockt. Von diesen Mitteln, die in die Hochschulforschung fließen, soll ein erheblicher Teil dem wissenschaftlichen Nachwuchs zugute kommen.

Neu in den Etat aufgenommen werden erstmals Ansätze zur Förderung von hochqualifizierten promovierten Nachwuchswissenschaftlern in Höhe von 5 Millionen Mark.

Für die Studien- und Promotionsförderung ist eine Erhöhung der Mittel auf 75,5 Millionen Mark gegenüber 68 Millionen Mark im Jahr 1984 vorgesehen. Diese Mittel sollen über die Begabtenförderungswerke vergeben werden.

28 Millionen Mark veranschlagt das BMBW für die Stipendien für den Auslandsaufenthalt deutscher Akademiker und Studenten (1984: 25 Millionen Mark).

Neu aufgenommen in den Einzelplan des Ministeriums wurden ferner Mittel für die Förderung deutscher ausgesiedelter oder zugewanderter Studienbewerber, deren Studium durch eine Zusatzausbildung in der Bundesrepublik ergänzt werden muß. Vorgesehen sind 2 Millionen Mark.

Das Gesamtvolumen des Etat-Entwurfs beläuft sich auf 3,974 Milliarden Mark. Der Einzelplan 31 liegt damit in etwa auf der Höhe des Vorjahres (- 0,7 %).

Bundesregierung hält an HRG-Novelle fest

Die Bundesregierung will im Herbst einen Gesetzesentwurf zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vorlegen. Mit der Novellierung sollen die rechtlichen Voraussetzungen für eine "wesentliche Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Hochschulen geschaffen werden", verlautet es dazu in der Publikation "Informationen" des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Diese Zielsetzung verlange eine Teilrevision des bestehenden Gesetzes.

Die geplante Novellierung sieht unter anderem vor, daß die Gesamthochschule als bundesrechtlich verbindliches Organisationsziel für die Entwicklung des Hochschulwesens aufgegeben wird. Die Gesamthochschule soll jedoch weiterhin "eine zulässige Hochschulart" bleiben, die sich allerdings im Wettbewerb mit anderen Hochschularten "bewähren muß".

Die Verantwortung der Hochschulen für die Studienreform soll gestärkt werden. Der Staat, so der Gesetzentwurf, habe sich aus der inhaltlichen Studienreform weitgehend zurückziehen. Überregionale und regionale Studienreformkommissionen sollen aufgegeben werden. Die bisherigen rechtlichen Grundlagen und Ansätze für ein Aufbaustudium sollen zugunsten eines systematischen, zugleich fächermäßig differenzierten Angebots von Postgraduierten-Studien weiterentwickelt werden. Die Hochschule soll über die Zulassung zu einem solchen Studium entscheiden.

Verbindliche Zwischenprüfungen sollen in den Studiengängen eingeführt werden ("damit nicht geeignete Studenten sich frühzeitig für eine andere Ausbildung entscheiden können"). Besonders befähigten Studenten soll durch